



Sessionsbericht – Sommersession

Rapport de session – Session d'été

02. Juni bis 19. Juni 2020

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Der steinige Weg zurück zur Normalität

Nach Wochen in der ausserordentlichen Lage sollte neben der Bevölkerung auch die parlamentarische Beratung mit Beginn der Sommersession einen Schritt zurück zur Normalität machen. Dass dieser Weg durchaus steinig werden würde, wurde spätestens mit der erneuten Aufnahme der Beratungen in den Hallen der BernExpo offensichtlich. Trotz der Wiedereinführungen einer transparenten Abstimmungsanlage tat sich das Parlament offensichtlich schwierig, ihr ursprüngliches Tempo bezüglich der Abarbeitung von regulären Geschäften aufzunehmen. Obwohl dies mehr als notwendig gewesen wäre aufgrund der fehlenden dritten Sessionswoche der Frühlingssession, war das Parlament in diesen drei Wochen erneut spendabel und äussert diskussions- und debattierfreudig! Trotz zusätzlich verlängerter Sitzungstage haben sich so im Nationalrat locker 30 Stunden Beratungszeit angestaut, die eigentlich abgearbeitet hätten werden müssen. Also blieb den zuständigen Büros fast nichts mehr anderes übrig, als Ende Oktober nochmals eine einmalige Sondersession von zwei Tagen einzuschieben. Aus Sicht von berufstätigen Ratsmitgliedern wie auch des Fraktionssekretariates ist diese Einberufung einer sechsten Session in einem Jahr ein mässig erfreulicher Rekord. Es bleibt die Hoffnung, dass die Mitte-Links-Mehrheit mit der Rückkehr ins Bundeshaus zumindest auf überflüssige «dringliche» Debatten wie über die Gleichstellung in Zeiten von Krisen verzichtet.

Neben diesen zeitraubenden Debatten wurde die Sommersession aber auch intensiv dafür genutzt, um bedeutende Vorlage zu beraten, wie aus dem Sessionsbericht offensichtlich wird. Neben diversen Volksinitiativen wie der Unternehmensverantwortungsinitiative hatte das Parlament für die Zukunft der Schweiz zentrale Vorlagen wie die Überbrückungsleistungen, Ehe für Alle, die Totalrevision des CO₂-Gesetzes oder die finale Differenzbereinigung des Aktienrechtes auf der Traktandenliste. Der Schritt hin zu einem progressiveren Rat wurde dabei offensichtlich, jedoch zeigte sich bei der Ablehnung des Zivildienstgesetzes im Nationalrat leider auch, dass die neuen Mehrheiten deutlich Links der Mitte zu finden sind. Auf diese neue Normalität gilt es sich in den kommenden Jahren einzustimmen.

Leider wurde die Session gegen Ende der zweiten Sessionswoche durch die tragischen Neuigkeiten über den Tod unseres Fraktionskollegen Albert Vitali erschüttert. Überraschend schnell musste Albert uns verlassen, was für Alle ein Schock war und kaum in Worte gefasst werden kann. Sowohl als finanzpolitisches Gewissen unserer Fraktion wie auch als geselliger, fröhlicher Kollege wird er uns in Erinnerung bleiben. Mir persönlich werden die regelmässigen, kurzen Gespräche während den Sessionen fehlen, bei denen man sich mit ihm über Gott und die Welt unterhalten konnte – obwohl man am Schluss trotzdem meist bei der Schuldenbremse landete. Ein Stück Normalität also, das mit dem Abschied von Albert Vitali leider verloren geht. Die Sommersession machte es deutlich: Es ist kein einfacher Weg zurück zur Normalität

1. Wirksames CO2-Gesetz auf Kurs

Der Nationalrat hat in der zweiten Sessionswoche mit der Annahme des CO2-Gesetzes einen wichtigen Schritt hin zur Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens gemacht, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht. Das Resultat in der Gesamtabstimmung mit 135 zu 59 Stimmen (FDP 22:3:1) war deutlich und zeigte eine breite Mehrheit gegen den Widerstand der SVP. Damit konnte die Schmach der Ablehnung im Nationalrat vom Winter 2018 wieder gut gemacht werden.

Nachdem der Ständerat im letzten Jahr bereits eine ziemlich ausgewogene Vorlage erarbeitet hatte, war nun der Nationalrat am Zug. Die FDP konnte bereits in der vorberatenden Kommission wichtige Korrekturen an der Vorlage anbringen, etwa bei den Zielvereinbarungen für die Unternehmen oder der Privatflugabgabe. Diese wurden heute im Nationalrat bestätigt. Auch bei weiteren Abstimmungen wie den Gebäudezielen bis 2030 konnte die FDP zu einer mehrheitsfähigen Vorlage beitragen, die auch von den Kantonen unterstützt wird. Ebenfalls erfolgreich war die Flugticketabgabe, die von einer grossen Mehrheit der FDP unterstützt wurde. Die Einnahmen daraus werden zu mehr als der Hälfte wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückfliessen. Der Rest speist den Klimafonds, welcher wiederum innovative Projekte im Umwelt- und Klimabereich fördern wird. Innovation ist ein wichtiger Schlüssel bei der Bewältigung der Umweltprobleme.

In einem nächsten Schritt werden die verbleibenden Differenzen im Ständerat ausgeräumt. Bei all diesen Beschlüssen muss das Parlament im Auge behalten, dass das CO2-Gesetz voraussichtlich in einer Referendumsabstimmung bestehen muss. Darum ist die Mehrheitsfähigkeit der Vorlage ein wichtiges Kriterium. Es nützt dem Klima herzlich wenig, sollte eine überfrachtete Vorlage an der Urne abgelehnt werden. Diese Mehrheitsfähigkeit ist etwa im Hinblick auf die Höhe des Inlandziels oder bei der Speisung des Klimafonds weiterhin zu berücksichtigen.

2. FDP setzte sich bisher vergeblich für Abschaffung der Industriezölle ein

Die grosse Kammer ist nicht auf die vom Bundesrat ausgearbeitete Vorlage eingetreten. Der Entscheid fiel mit 108 zu 83 Stimmen. Die Mehrheit folgte der vorberatenden Wirtschaftskommission. Nun ist der Ständerat am Zug. Tritt er ebenfalls nicht ein, ist die Vorlage vom Tisch, andernfalls muss sich der Nationalrat noch einmal mit dem Geschäft befassen.

Für die FDP ist dieser Entscheid unverständlich. Ausgelöst von der Corona-Krise, rollt eine Rezession auf uns zu. Die Konsumenten und Unternehmen sind mehr denn je darauf angewiesen, dass die Politik unnötige Kosten und Bürokratie abbaut. Der Nationalrat hätte das mit der Abschaffung der Industriezölle in der Hand gehabt. Doch daraus wurde nichts. Gerade linke Kreise fordern lauthals Konjunkturpakete – sträuben sich dann aber gegen konkrete und einfach umsetzbare Entlastungen. Und auch aus der SVP und CVP kamen zahlreiche Nein-Stimmen. Dabei könnte die Schweiz mit Wachstumseffekten mit mehr Wohlstand von bis 860 Millionen Franken rechnen. Importierende Unternehmen würden von 500 Millionen Franken Zollabgaben entlastet.

Die Abschaffung der Industriezölle hätte auch ein wichtiges Zeichen für den freien Handel gesetzt. Die damit verbundene Stärkung des Produktionsstandorts Schweiz würde zu mehr Wettbewerb und damit auch zu tieferen Preisen führen. Das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger könnte um jährlich rund 350 Millionen Franken entlastet und der Konsum dadurch angekurbelt werden. Für Unternehmen besonders ärgerlich ist auch, dass dank der bilateralen Verträge heute eigentlich bereits 75% der Zölle hinfällig wären, die effektive Befreiung von diesen Kosten wegen bürokratischen Hürden aber nicht umgesetzt werden kann. Immerhin einen Lichtblick konnten wir heute feststellen: Die Gegner argumentierten nämlich im Rat, sie wollten die verbleibenden Zollabgaben als Verhandlungspfand in weiteren Freihandelsabkommen nutzen. Nun gut, dann dürfen wir wohl annehmen, dass sie ihre Opposition gegen weitere Abkommen aufgeben werden.

3. Corona-Mieterlass fand eine Mehrheit in beiden Räten

Betriebe, die wegen Corona auf behördliche Anordnung schliessen mussten, sollen einen Mietzinserslass von 60 Prozent erhalten. Betriebe, die ihre Aktivitäten reduzieren mussten, sollen in begrenztem Umfang

ebenfalls von einer Ermässigung profitieren können. Bereits getroffene Vereinbarungen mit Vermietern sollen aber gültig bleiben. Dementsprechende Vorstösse aus der Wirtschaftskommission sind im Ständerat mit 20 zu 19 Stimmen bei 4 Enthaltungen und im Nationalrat mit 98 zu 84 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen worden, gegen den Willen des Bundesrats. Dieser muss nun eine Gesetzesgrundlage für Mietzinsersasse erarbeiten.

Die FDP hatte die Vorstösse mehrheitlich abgelehnt. Eine pauschale Regelung wird den sehr unterschiedlichen Mietverhältnissen nicht gerecht und setzt nun keine Anreize mehr für einvernehmliche Lösungen zwischen den Mietparteien. Die Umsetzung der Vorstösse wird zudem einige Zeit in Anspruch nehmen und dadurch die Unsicherheit der Betroffenen verlängern.

Der Bundesrat habe die Arbeit schon in Angriff genommen, sagte Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin in der Fragestunde des Nationalrats in der dritten Sessionswoche. Trotzdem dauert das Verfahren seine Zeit, insbesondere für die Vernehmlassung. Dieses soll laut Parmelin verkürzt werden, so dass der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum teilweisen Mietzinserslass Mitte September vorlegen kann. Die Räte könnten die Vorlage dann im dringlichen Verfahren in der Wintersession behandeln und gegebenenfalls sofort in Kraft setzen. So lange bleibt die Frage in der Schwebe, wie viel Mietzins geschlossene Geschäfte für die Zeit des Lockdowns zahlen müssen.

4. Dem Volk wird eine echte Alternative zur Unternehmensverantwortungsinitiative geboten

Die Konzernverantwortungsinitiative kommt mit einem indirekten Gegenvorschlag an die Urne – und zwar mit einem, der dem Volk eine echte Alternative zur Volksinitiative bietet und nicht einfach eine vorweggenommene Umsetzungsgesetzgebung darstellt. Wird die Unternehmensverantwortungsinitiative abgelehnt, so tritt der an dieser Session beschlossene massvolle und trotzdem griffige indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Die Unternehmensverantwortungsinitiative selbst wird vom Parlament wie auch vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlen.

Nachdem die Differenzvereinbarung an der letzten Session nicht abgeschlossen werden konnte, kam es an dieser Sommersession zur Einigungskonferenz zwischen den Räten. Diese sprach sich für den ständerätlichen Vorschlag eines indirekten Gegenvorschlags aus. Der Nationalrat stimmte danach diesem Antrag der Einigungskonferenz mit einer eher knappen Mehrheit von 99:91:6 zu. Die darauffolgende Zustimmung des Ständerats war dann eher nur noch Formsache (28:14:2).

Die FDP Fraktion hatte sich schon zu Beginn der Frühlingssession deutlich für den ständerätlichen Vorschlag ausgesprochen und stimmte sowohl im National- als auch im Ständerat jeweils beinahe geschlossen für diesen Vorschlag. Dieser nimmt das Anliegen der Volksinitiative auf und stellt einen klaren Fortschritt im Vergleich zur heutigen Rechtslage dar. Er orientiert sich an internationalen Standards wie der EU-Regulierung und umfasst eine weitgehende Rechenschaftspflicht sowie spezifische Sorgfaltsprüfungspflichten in den Bereichen Kinderarbeit und Mineralien aus Konfliktgebieten. Auch ohne Haftungsklausel entsteht damit eine der weltweit griffigsten Regulierungen. Im Vergleich zur Initiative und auch zum nationalrätlichen Vorschlag schadet er dem Standort jedoch nicht: Weder kleine noch grosse Schweizer Unternehmen werden dem Risiko erpresserischen Klagen aus dem Ausland ausgesetzt.

5. Erster Schritt Richtung «Ehe für alle»

Nach geltendem Recht steht die Ehe in der Schweiz nur heterosexuellen Paaren offen. Gleichgeschlechtliche Paare haben die Möglichkeit, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen. Die eingetragene Partnerschaft ist aber nicht mit denselben Rechten und Pflichten verbunden. Der in Umsetzung der vor 7 Jahren eingereichten parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeitete Gesetzesentwurf möchte diese Ungleichbehandlung beseitigen. Im Wesentlichen wird mit dem Entwurf die Ehefähigkeit unabhängig vom Geschlecht formuliert und dadurch auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht eine Ehe gemäss Zivilgesetzbuch

einzuweisen. Damit sollen sie alle Rechte und Pflichten, die mit der Ehe einhergehen. Ausser im Punkt des Zugangs zu Mitteln der Fortpflanzungsmedizin. Der Entwurf der Kommission wollte es weiblichen gleichgeschlechtlichen Ehepaaren, nicht erlauben, das fortpflanzungsmedizinische Verfahren der Samenspende in Anspruch zu nehmen. Verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren steht diese Möglichkeit hingegen bereits heute offen.

Im Nationalrat wurde die Vorlage mit einer starken Mehrheit deutlich angenommen (132:52:13). Nur die SVP und ein Teil der CVP wollten das verhindern und gar nicht erst auf die Vorlage eintreten. Der Nichteintretens-Antrag wurde aber mit 146:45:6 abgelehnt. Selbst der im Vorgang zur Beratung als umstrittenster Punkt der Vorlage beurteilte Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare wurde mit 124:72:1 deutlich angenommen.

Die FDP hatte die Vorlage inkl. dem Zugang zur Samenspende bereits in der Vernehmlassung unterstützt. Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Eine konservative Auslegung der Ehe mit einer Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren widerspricht dieser Überzeugung klar. Im Nationalrat nahm dann auch eine grosse Mehrheit der Fraktion die Vorlage an.

6. Jahrzehnte-Projekt «Aktienrechtsrevision» abgeschlossen

Das vor über 10 Jahren in Angriff genommene Projekt der Modernisierung des Aktienrechts konnte in dieser Session erfolgreich abgeschlossen werden. Bereits Ende 2007 hatte der Bundesrat den ersten Entwurf zur Revision des Aktienrechts und des Rechnungslegungsrechts verabschiedet. Die nur zwei Monate später eingereichte Volksinitiative «gegen die Abzockerei» veränderte aber den weiteren Verlauf der Gesetzgebungsarbeiten und es folgte ein mehrjähriger politischer Hindernislauf. Die Volksinitiative wurde angenommen, der Artikel 95 der Bundesverfassung um den Absatz 3 ergänzt und eine Umsetzung im Aktienrecht notwendig. Die angelaufene Aktienrechtsrevision wurde unterbrochen und die Vorlage um die Umsetzung des Art. 95 Abs. 3 BV ergänzt.

2017 gingen die parlamentarischen Arbeiten wieder weiter. Bei seiner ersten Behandlung im Ständerat wäre die Vorlage dann aber beinahe gänzlich gescheitert. Ein Nichteintreten des Ständerats konnte nur verhindert werden, indem auf Antrag der FDP die Vorlage nochmals zur Überarbeitung an die Kommission zurückgewiesen wurde. Unter Federführung der FDP-Deputation wurde die Vorlage dort wesentlich verbessert. Durch das zwischenzeitliche Zustandekommen der Unternehmensverantwortungsinitiative standen dann schon die nächsten Verzögerungen an. Der Volksinitiative sollte ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden, der zuerst ebenfalls in die Vorlage der Aktienrechtsrevision aufgenommen wurde und aufgrund der Brisanz der Thematik zu heftigen Diskussionen Anlass gab. Richtigerweise wurde dann entschieden den indirekten Gegenvorschlag aus der Aktienrechtsrevision herauszulösen. Ab diesem Zeitpunkt ging es dann wieder rascher voran.

2019 ging die Vorlage in die Differenzbereinigung und an der Sommersession 2020 fand schlussendlich die Einigungskonferenz und die Schlussabstimmung statt. Zu den Modernisierungen gehört z.B. die Regelung, dass neu Generalversammlungen auch virtuell abgehalten werden können und das Aktienkapital nicht mehr in nur in Schweizer Franken gehalten werden muss. Der Spielraum bei den Kapitalstrukturen wurde durch die Einführung des Kapitalbands vergrössert. Bei der Umsetzung der «Abzockerinitiative» blieb das Parlament nah an den bisherigen Regelungen der VegüV und verschärfte nur in wenigen Punkten. So besteht neu die Pflicht, andere Tätigkeiten von VR-Mitglieder im Vergütungsbericht aufzuführen. Aufnahme fanden zudem einige gesellschaftspolitische Anliegen wie die Einführung von Geschlechterrichtwerten für das oberste Kader (Verwaltungsräte (30%), Geschäftsleitungen (20%)) sowie Transparenzpflichten für rohstofffördernde Unternehmen.

Für die FDP war die Modernisierung und Liberalisierung ein wichtiges Anliegen. Sie setzte sich weiter dafür ein, dass keine Verschärfungen im Vergleich zur VegüV in das Aktienrecht aufgenommen wurden. Gegen die Einführung der unliberalen und wenig wirksamen Geschlechterrichtwerte wehrte sie sich,

befand sich dabei aber in der Minderheit. Nach einer Abwägung der Vor- und Nachteile der Gesamtvorlage, war für die Fraktion schnell klar, dass die Vorteile deutlich überwiegen. Sie nahm daher die Vorlage in der Schlussabstimmung grossmehrheitlich an.

7. Entwicklungshilfe 2.0

Der Nationalrat will in den nächsten vier Jahren maximal 11,252 Milliarden für die internationale Zusammenarbeit ausgeben. Er ist in der dritten Sessionswoche dem Bundesrat gefolgt, nachdem der Antrag aus der vorberatenden Kommission noch eine Erhöhung um 241 Mio. Franken vorsah. Die FDP unterstütze den Vorschlag des Bundesrates – eine Erhöhung der Entwicklungshilfe-Ausgaben während der Corona-Krise wäre nicht zu rechtfertigen.

Die Schweiz hat eine lange Tradition des Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung. Die FDP unterstützt deshalb diesen Beitrag zur Linderung der weltweiten Not und Armut. Doch die Entwicklungshilfe ist thematisch und geographisch oftmals zu stark verzettelt. Wenn die Mittel auf zu viele Projekte verteilt werden, verlieren die einzelnen Projekte an Wirksamkeit. Es ist das Verdienst von Bundesrat Ignazio Cassis, dass die Entwicklungshilfe mit der Strategie 2021-2024 neu ausgerichtet und fokussiert wird. Entwicklungshilfe ist nicht Selbstzweck, sondern muss eine Wirkung für die Menschen erzielen. Je gezielter die Mittel eingesetzt werden, umso höher ist deren Wirkung vor Ort. Dank der Fokussierung werden die zur Verfügung stehenden Mittel effizient, wirksam und für die schweizerischen Interessen erfolgsversprechend eingesetzt. Die Menschen in Entwicklungsländern werden dadurch eine wirksamere Hilfe erhalten.

Die Strategie setzt die richtigen Themenschwerpunkte, angefangen beim wirtschaftlichen Fokus: Der Schlüssel zu einer positiven Entwicklung eines Landes liegt in der Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Perspektiven für die Menschen vor Ort. Die Entwicklungshilfe kann hier einen Beitrag leisten, indem sie etwa den Aufbau von Strukturen unterstützt, die für eine funktionierende Wirtschaft notwendig sind. Gerade für uns als FDP ist der liberale Ansatz von "Privat-Public-Partnership" zu begrüßen und weiter zu fördern. Nicht weniger wichtig sind die Themenschwerpunkte Klimawandel und Migration – beides globale Phänomene. Die FDP fordert schon lange eine klarere Verbindung von entwicklungs- und migrationspolitischen Zielen.

8. Massnahmenpaket zur Bekämpfung von Terrorismus

In drei Vorlagen haben sich National- und Ständerat mit der Verstärkung der Anti-Terror-Massnahmen befasst. Zunächst hat der Nationalrat einer Strafrechtsrevision zugestimmt. Die Revision bezweckt, dass in Zukunft sogenannte Vorfeldtaten und Vorbereitungshandlungen besser geahndet werden können. Im Visier sind insbesondere das Anwerben, die Ausbildung sowie das Reisen für terroristische Zwecke sowie entsprechende Finanzierungshandlungen. Zudem zielt die Strafrechtsrevision auf die organisierte Kriminalität und stellt die Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation wie etwa der Mafia unter Strafe.

In einem zweiten Schritt hat sich der Ständerat mit der privaten Verwendung von Chemikalien befasst. Gemäss dem Vorläuferstoffgesetz sollen Privatpersonen weniger leicht Zugang haben zu Chemikalien, aus denen sich Bomben bauen lassen. Zu Letzt war wieder der Nationalrat am Zug mit der Beratung der PMT-Vorlage. Mit PMT sind polizeilich-präventive Massnahmen zur verbesserten Überwachung von terroristischen Gefährdern gemeint. Diese präventiven Massnahmen setzen an, bevor ein Gefährder eine terroristische Tat verüben kann. Sie sind notwendig, damit die Polizei bei Gefährdern rechtzeitig eingreifen und diese hoch gefährlichen Personen mit diversen Massnahmen, die von einer Meldepflicht über ein Rayonverbot bis hin zum Hausarrest reichen, belegen kann.

Insbesondere letztere Vorlage wurde im Nationalrat lange diskutiert. Die FDP befürwortet die neuen Instrumente für die Polizei klar. Die präventiven Massnahmen sind wichtig und gerechtfertigt, denn ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. Terrorismus ist eine Bedrohung für den Rechtsstaat und damit für unsere Freiheitsrechte. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind rechtstaatlich ausgewogen und verhältnismässig. Sie stehen im Einklang mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz, wie

ein unabhängiges Rechtsgutachten bestätigt. Ähnliche Massnahmen existieren heute bereits zur Verhinderung von häuslicher Gewalt und Hooliganismus. Die Räte stimmten allen drei Vorlagen klar zu.

9. Prestations transitoires

Les Chambres se sont mises d'accord : les chômeurs âgés qui ne retrouvent pas de travail toucheront une rente-pont. Cette prestation transitoire ne sera toutefois accordée qu'aux personnes qui seront arrivées en fin de droit au plus tôt après leur 60e anniversaire. Et elle sera plafonnée. En acceptant l'introduction de cette aide ciblée et très bien encadrée, le groupe libéral-radical a confirmé la position qui était la sienne ces derniers mois.

Lorsque les travailleurs âgés perdent leur travail, la réinsertion est souvent difficile. C'est en ce sens que le Conseil fédéral a présenté, en 2019, un paquet de mesures appropriées, comprenant des conseils relatifs à l'orientation professionnelle et des programmes d'encouragement. Ce n'est que lorsque toutes ces mesures de réintégration n'ont pas d'effet que les prestations transitoires doivent être versées au cours des dernières années précédant le départ à la retraite. Un soutien adapté pour les travailleurs âgés qui ont déjà tout essayé pour retrouver un emploi sera ainsi créé.

10. Contre-projet à l'initiative des soins

Après le National en décembre 2019, le Conseil des Etats a lui aussi adopté le contre-projet indirect à l'initiative sur les soins infirmiers. Celui-ci se caractérise par une offensive sur la formation des infirmiers. La Confédération devra soutenir financièrement les cantons qui octroient une contribution aux étudiants en soins infirmiers pour les aider à subvenir à leurs besoins durant leur formation. Le PLR y est opposé, considérant que ce sont uniquement les cantons qui devraient être responsables de ce subventionnement direct et non la Confédération. D'autres filières pourront désormais venir réclamer ce même de genre de subventions fédérales.

Les cantons devront également verser des contributions à leurs écoles supérieures. Ces aides, soutenues par le PLR, doivent garantir une offre suffisante de places de formation pour les étudiants en soins infirmiers dans une école supérieure et pour les étudiants qui suivent un bachelor en soins infirmiers dans une haute école spécialisée. Au total, cantons et Confédération devraient mettre à disposition près d'un milliard de francs pour huit ans. La Chambre des cantons est aussi favorable à un renforcement des compétences des professionnels des soins infirmiers. Ces derniers devraient pouvoir fournir certains soins sans qu'ils soient prescrits par un médecin et les facturer directement à l'assurance-maladie. Cela évitera de la bureaucratie et fera gagner du temps. Une convention avec les assurances-maladie sera nécessaire. Le gouvernement définira les prestations qui peuvent être fournies par un infirmier sur ordonnance et celles qui peuvent l'être sans prescription. Le projet du National ne prévoyait pas de conventions, malgré le fort engagement des élus PLR pour son introduction, comme mesure d'accompagnement contre une hausse éventuelle des coûts. Il est positif que cet élément ait été corrigé aux Etats. Le National traitera ce dossier pour la deuxième fois en septembre.

11. Bildung, Forschung und Innovation

Alle vier Jahre legt der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation vor. Darin wird Bilanz über die laufende Periode gezogen, und es werden die Ziele und Massnahmen der neuen Förderperiode festgelegt. Für die Jahre 2021–2024 beantragte der Bundesrat ein Finanzvolumen von 28 Milliarden Franken. Hochschulen sollen mit 16,6 Milliarden Franken unterstützt werden, 5,9 Prozent mehr als in der laufenden BFI-Periode. Zudem leistet der Bund Beiträge an kantonale Hochschulen und Fachhochschulen. Forschung und Innovation will der Bund mit rund 7 Milliarden Franken unterstützen. Für die Berufsbildung enthält die BFI-Botschaft insgesamt rund 4,3 Milliarden Franken (+8,3 Prozent).

In der Sommersession behandelte der Ständerat die BFI-Botschaft als Erstrat. Er folgte in der Mehrheit den Anträgen seiner Kommission, welche den vom Bundesrat beantragten Kredit um rund 200 Millionen

Franken erhöhen wollte. 130 Millionen dieses zusätzlichen Betrags möchte der Ständerat der Innosuisse zur Verfügung stellen. Die FDP nahm die Botschaft inkl. den Erhöhungsanträgen grossmehrheitlich an. Trotz oder gerade wegen der Krise ist es von Bedeutung in den BFI-Bereich zu investieren. Von den Erhöhungen bei der Innosuisse profitieren Unternehmen, die Neues und Arbeitsplätze schaffen.

12. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Folgende Richterinnen und Richter wurden am 17. Juni durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt:

Bundesgericht. Laurent Merz (Grüne) als ordentlicher Richter des Bundesgerichts.

Bundesgericht. Christoph Hurni (GLP) und Christian Kölz (Grüne) als nebenamtliche Richter.

Bundesstrafgericht. Alberto Fabbri (CVP) wurde mit 158 von 169 gültigen Stimmen klar als ordentlicher Richter ans Bundesstrafgericht gewählt. **Maria-Antonella Bino (FDP)** und Katharina Giovannone-Hofmann (Grüne) wurden als nebenamtliche Richterinnen bei der Berufungskammer des Bundesstrafgerichtes gewählt.

Bundesverwaltungsgericht. Camilla Mariéthoz Wyssen (Sympathisantin der Grünen Partei) als ordentliche Richterin.

Alle Fraktionen unterstützten diese Wahlvorschläge.

13. Geschäfte beider Räte

Nachtrag II: Das zweite Kreditpaket zur Bewältigung der Corona-Pandemie von 14,9 Milliarden Franken ist parlamentarisch unter Dach und Fach. Der grösste Teil der nachträglich zum Voranschlag 2020 bewilligten Gelder - 14,2 Milliarden Franken - geht an die Arbeitslosenversicherung für die Finanzierung der Kurzarbeitsentschädigung. Der Ständerat ist schlussendlich auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt bei der letzten verbleibenden Differenz. Er ist dafür, dass Profifussball- und -Eishockeyspieler, deren Clubs wegen der Corona-Krise mit Darlehen unterstützt werden, je nach Einkommen unterschiedlich hohe Einbussen tragen müssen. Die FDP hätte die Linie des Ständerats unterstützt, aber trägt ansonsten die Nachtragskredite grundsätzlich mit.

Corona-Kredite: Die Rückzahlung der Corona-Kredite soll nicht zu einer Konkurswelle führen. Der Bundesrat soll daher den Bürgschaftsgenossenschaften ermöglichen, zusammen mit den Banken Unternehmen rechtzeitig unter die Arme zu greifen. Das fordern die eidgenössischen Räte. Der Nationalrat hat einer Motion aus dem Ständerat mit dieser Forderung stillschweigend zugestimmt. Die Kredite müssen in der Regel innerhalb von fünf Jahren zurückgezahlt werden, in Härtefällen ist eine Verlängerung der Amortisationsfrist auf sieben Jahre möglich. Die Finanzkommission des Ständerats hatte die Motion eingereicht, weil sie befürchtet, dass es bei Fälligkeit der Kredite zu einer Konkurswelle kommen könnte. Die FDP unterstützt den Vorstoss.

Coronavirus: Unternehmen, die einen Corona-Kredit beantragt haben, erhalten keine Möglichkeit für einen zweiten Kredit. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat abgelehnt. Eine knappe Mehrheit der Finanzkommission (FK) hätte die Motion im Nationalrat annehmen wollen. Vielen Unternehmen sei nicht bewusst gewesen, dass sie nur ein Gesuch stellen könnten, sagte Sprecherin Ursula Schneider Schüttel (SP/FR). Sehr vorsichtige Unternehmen hätten daher nur einen Teil des Betrages beantragt, auf den sie Anrecht hätten. Finanzminister Ueli Maurer stellte sich gegen das Anliegen. Der Ständerat hatte dem Anliegen zu Beginn der Sommersession zugestimmt. Mit dem Nein der grossen Kammer ist das Begehren vom Tisch. Die FDP. Die Liberalen hatte das Anliegen grossmehrheitlich nicht unterstützt.

Admission des fournisseurs de prestation : une nouvelle réglementation des admissions prendra le relais de l'actuel moratoire sur l'ouverture de cabinets médicaux prolongé jusqu'à fin juin 2021. Les nouvelles dispositions visent à canaliser l'offre de prestataires dans l'assurance obligatoire afin de freiner

la hausse des coûts. Le PLR est opposé au principe d'un pilotage étatique de l'admission des fournisseurs de prestations. Il aurait pu accepter cette réforme si elle avait été conditionnée à l'entrée en vigueur du financement uniforme de l'ambulatoire et du stationnaire (EFAS). Tel n'ayant pas été le cas, les conseillers nationaux libéraux-radicaux ont rejeté le texte au vote final.

SwissCovid : L'application de traçage de contacts SwissCovid pourra être utilisée par la population. Les Chambres, PLR inclus, se sont mises d'accord sur la base légale accompagnant sa mise en place. L'application fonctionne grâce à la technologie bluetooth. Les utilisateurs qui auront été en contact avec une personne infectée seront avertis. Cela permettra d'éviter une deuxième vague, le port du masque obligatoire ou de nouvelles restrictions pour l'économie. L'utilisation de SwissCovid sera facultative. Aucune sanction ne doit être prévue pour les citoyens qui n'utilisent pas l'application. Les utilisateurs en contact avec une personne infectée seront encouragés à contacter une hotline gratuite puis à contacter leur médecin ou le médecin cantonal. Celui-ci pourra décider de mise en quarantaine. Alors, la personne aura le droit à une APG. Par ailleurs, le stockage des données sera décentralisé. Aucune autorité n'aura accès aux données. Les données de géolocalisation ne seront pas enregistrées.

Enteignungen: Wenn Landwirte von Kulturland enteignet werden, erhalten sie künftig das Dreifache des Schätzpreises des Landes. Das Parlament hat dies im Rahmen der Revision des Enteignungsgesetzes beschlossen, um einem sorglosen Umgang mit Kulturland entgegenzuwirken. Offen war zuletzt noch die Frage, ob Mitglieder der Schätzungskommission mit 68 Jahren aus dem Amt ausscheiden sollen, wie es der Nationalrat fordert. Nach anfänglicher Ablehnung schwenkte der Ständerat auf die Linie des Nationalrats ein. Neu wird das Verfahren für die Enteignung zudem in Kombination mit dem Plangenehmigungsverfahren für das Werk, für welches Land enteignet werden soll, durchgeführt. Die FDP hatte sich gegen die Erhöhten Entschädigungen für Kulturland gewehrt, da dies dem Gewinnerzielungsverbot der Eigentumsgarantie der Bundesverfassung widerspricht. Im Sinne des Kompromisses stimmte sie der vom Sechsfachen auf das Dreifache reduzierten Erhöhung zu.

Internationale Schiedsgerichtsbarkeit: National- und Ständerat haben sich auf neue Regeln für internationale Schiedsgerichte geeinigt. Damit soll die Schweiz als Schiedsstandort gestärkt werden. Die letzte Differenz betraf die Rechtsschriften. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dass diese beim Bundesgericht auch in englischer Sprache eingereicht werden können. Der Ständerat hatte das zunächst abgelehnt, lenkte nun aber ein. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist eine Alternative zur staatlichen Gerichtsbarkeit, die Parteien vereinbaren können. Weit verbreitet ist dieses Instrument der Streitbeilegung im Handels-, Finanz-, Investitionsschutz- und Sportrecht. Die FDP unterstützt die Revision von Anfang an, um die Attraktivität des internationalen Schiedsstandorts Schweiz zu erhalten.

Konsumentenverträge: An der Frühlingssession hatte der Nationalrat relativ deutlich aber entgegen der fast geschlossenen FDP-Fraktion entschieden, Konsumenten müssten besser geschützt werden vor Verträgen, die sich nach Ablauf der Vertragsdauer automatisch und stillschweigend erneuern. Sie müssten vor der erstmaligen automatischen Verlängerung eines Vertragsverhältnisses benachrichtigt werden. Der Ständerat dagegen sah dagegen an dieser Sommersession keinen Handlungsbedarf. Er ist mit Unterstützung der Mehrheit der FDP-Ständeräte nicht auf die entsprechende Ergänzung des Obligationenrechts eingetreten. Der Entscheid fiel knapp mit 22 zu 20 Stimmen. Durchsetzen konnte sich eine Allianz aus FDP-, CVP- und SVP-Vertretern. Sie kritisierte die Vorlage als gesetzlichen Eingriff in die Vertragsfreiheit. Auch Justizministerin Karin Keller-Sutter sah keinen Mehrwert in der Anpassung des Rechts. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Demnach müssten Konsumenten vor der erstmaligen automatischen Verlängerung eines Vertragsverhältnisses benachrichtigt werden.

14. Geschäfte des Nationalrats

Burka-Verbot: Das Parlament inkl. FDP empfiehlt, die Initiative zum Verhüllungsverbot an der Urne abzulehnen. Der Nationalrat fällt am Mittwoch als letzte parlamentarische Instanz diesen Entscheid, mit 114 zu 76 Stimmen bei drei Enthaltungen. Obwohl die Volksinitiative ein grundsätzliches

Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum in der ganzen Schweiz verlangt - also auch etwa für Hooligans an Fussballspielen -, drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frauen, die eine Burka oder einen Niqab tragen. "Die Vollverschleierung ist wie das Minarett ein Symbol für einen extremen Islam, der hier nichts zu suchen hat", sagte Walter Wobmann (SVP/SO). Für die Gegner der Initiative ist ein nationales Verbot der falsche Weg und ein solches würde auch den liberalen Werten der Schweiz widersprechen. Auch der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Stattdessen stimmt das Parlament dem Gegenvorschlag zu, wonach die Verhüllung in gewissen öffentlichen Bereichen – etwa im Umgang mit Behörden – verboten wird. Die FDP spricht sich für diesen Gegenvorschlag aus.

Zivildienst: Das Zivildienstgesetz war eigentlich schon unter Dach und Fach. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat ein Wartjahr für Personen beschlossen, die aus der Armee in den Zivildienst wechseln wollen. Nach der Einreichung des Gesuches und bis zum Zulassungsentscheid blieben gemäss dieser Vorlage die Wechselwilligen militärdienstpflichtig. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 104 zu 86 Stimmen bei 4 Enthaltungen eigentlich klar aus. Die Nein-Stimmen kamen von SP, Grünen und GLP. In der Schlussabstimmung kam es dann aber innerhalb der Mittefraktion plötzlich zu einem Meinungsumschwung. Die Hälfte der Mittefraktion kippte ins linke Lager, was reichte, um die Mehrheit zu kippen. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung abgelehnt und ist damit vom Tisch. Ziel der Vorlage wäre gewesen, zu verhindern, dass der Armee Soldaten fehlen. Auf weitergehende Massnahmen, die den Wechsel von der Armee zum Zivildienst erschweren sollen, hatten sich die Räte bereits zuvor geeinigt. Die FDP unterstützte das nun gescheiterte Gesetz.

Coûts de la santé : Le National a traité le premier volet de mesures de lutte contre la hausse des coûts de la santé. Ce paquet, qui contient neuf mesures, a été séparé en deux. Dans cette première partie, il était notamment question de l'obligation qui sera désormais imposée, dans le système du tiers payant, au fournisseur de prestations de transmettre une copie de la facture à l'assuré. La facture pourra également être transmise par voie électronique. Des sanctions pourront être prononcées par un tribunal en cas de manquements, notamment si les factures sont régulièrement incomplètes ou incorrectes. La création d'une organisation tarifaire nationale aussi pour le domaine ambulatoire a été saluée. Cette structure devra être élaborée par les fédérations des fournisseurs de prestations et celles des assureurs. Les forfaits devraient aussi être encouragés dans le domaine ambulatoire. Les tarifs à la prestation et les tarifs des forfaits devront se fonder sur une structure tarifaire uniforme. A l'instar des fournisseurs de prestations, les assureurs devront également communiquer gratuitement à cette organisation les données qui sont nécessaires à l'élaboration, au développement et à la maintenance des structures tarifaires pour les traitements ambulatoires. Le Conseil fédéral ne prévoyait cette obligation que pour les fournisseurs de prestations. Enfin, il doit devenir possible de mener des projets pilotes en dehors du cadre légal de la LAMal. Le but est d'expérimenter de nouveaux modèles meilleur marché et de meilleure qualité. Le groupe libéral-radical a soutenu ce projet.

Landwirtschaft: Die Einsparungen, die durch die Umstrukturierung von Agroscope erzielt werden, sollen sofort in die Agrarforschung fliessen. Das verlangt der Nationalrat mit einer Motion. Der Bundesrat möchte damit zunächst Bauprojekte finanzieren. Er sieht vor, bis 2028 frei werdende Mittel in Höhe von 31 Millionen Franken für die Infrastruktur einzusetzen. Erst danach sollen die Effizienzgewinne vollständig für die landwirtschaftliche Forschung verwendet werden. Es geht um 13 Millionen Franken pro Jahr. Nun muss noch der Ständerat über die Motion befinden. Die FDP unterstützt den Vorstoss.

Coronavirus: Der Nationalrat will Nationalbankgewinne dazu verwenden, Corona-Schulden abzubauen. Er hat eine entsprechende Motion äusserst knapp angenommen, mit 95 zu 91 Stimmen bei vier Enthaltungen. Der Bundesrat soll beauftragt werden, den Anteil des Bundes an der ordentlichen Ausschüttung und an den ausserordentlichen Ausschüttungen der SNB so bald wie möglich vollumfänglich zum Abbau der Schulden zu verwenden und dies so lange bis die Schulden wieder auf dem Niveau von vor der Krise liegen. Man solle jetzt nicht überhastet entscheiden, sagte Franziska Ryser (Grüne/SG) namens der Gegner. Es brauche eine Gesamtschau. Dieser Meinung war auch der

Bundesrat. Die Motion geht an den Ständerat. Die FDP, Die Liberalen hat das Anliegen grossmehrheitlich unterstützt.

Blockchain: Die Schweiz soll sich als Standort für die Blockchain- und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) weiterentwickeln können. Der Nationalrat hat entsprechenden Gesetzesänderungen einstimmig zugestimmt. Punktuelle Anpassungen von neun bestehenden Bundesgesetzen im Zivil- und Finanzmarktrecht sollen die Bedingungen für die neue Technologie verbessern. Ziel des Bundesrats ist es, die Rechtssicherheit zu erhöhen, Hürden für Blockchain-Anwendungen zu beseitigen und Missbrauchsrisiken zu begrenzen, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. Der Nationalrat, zusammen mit der FDP, nahm nur wenige Änderungen am Entwurf des Bundesrats vor. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Nationalbank: Die Einnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) aus Negativzinsen sollen in die AHV fliessen. Der Nationalrat hat eine Motion des Zürcher SVP-Nationalrats Alfred Heer angenommen. SP und Grüne setzten sich mit zahlreichen Stimmen der SVP durch. Dagegen waren die geschlossene FDP- und CVP- sowie die fast geschlossene GLP-Fraktion, wie auch der Bundesrat. Der Vorstoss greift in die Unabhängigkeit der SNB ein und macht dessen Gelder zu einem Spielball von politischen Begehrlichkeiten jeglichen Couleurs. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

IT-Projekt: Die aktuelle SAP-Software für Geschäftsprozesse der Bundesverwaltung wird nur noch bis 2025 unterstützt. Das zivile Nachfolgeprogramm heisst, "Superb" das militärische "ERP Systeme V/ar". Der Nationalrat hat dafür insgesamt 560 Millionen Franken bewilligt. Auch die FDP unterstützt das Projekt. An der Notwendigkeit eines Nachfolgeprogramms gab es keine Zweifel, hingegen an der Fähigkeit der Verwaltung, sich auf gemeinsame Lösungen zu einigen. Der Nationalrat beschloss daher, dass der oder die Programmverantwortliche ein Weisungsrecht erhalten soll.

Abkommen mit UK: Britinnen und Briten in der Schweiz und Schweizerinnen und Schweizer in Grossbritannien sollen nach dem Brexit ihre Rechte behalten können. Der Nationalrat hat ein Abkommen zwischen der Schweiz und Grossbritannien ohne Gegenstimme gutgeheissen. Es betrifft rund 34'500 Schweizerinnen und Schweizer sowie rund 43'000 Britinnen und Briten. Sie leben und arbeiten im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens im jeweils anderen Land. Alle Fraktionen waren einverstanden, diese erworbenen Rechte dieser Menschen zu sichern. Nun ist der Ständerat am Zug.

Swisscoy-Einsatz: Der Nationalrat ist trotz kritischer Töne einverstanden damit, den Swisscoy-Einsatz im Kosovo bis Ende 2023 zu verlängern. Auch der Erhöhung des Bestandes auf bis zu 195 Armeeangehörige stimmte die grosse Kammer zu, gegen den Willen von SVP und Grünen. Einen Nichteintretensantrag der beiden Fraktionen hatte der Rat zuvor abgewiesen. Die Grünen hatten obendrein die Rückweisung der Vorlage und einen Rückzug der Swisscoy-Truppen bis Ende 2022 verlangt. Doch auch dieser Antrag kam nicht durch. Die Mehrheit fand, der Swisscoy-Einsatz sei im Interesse der Schweiz – so auch die FDP. Die Vorlage liegt nun beim Ständerat.

Informationssicherheit: Wegen Zweifeln an dessen Mehrwert lehnte der Nationalrat das neue Informationssicherheitsgesetz zunächst ab. Im zweiten Anlauf hat er der Vorlage mit einigen Änderungen zugestimmt. Das Gesetz soll die Sicherheit von Informationen in der Bundesverwaltung verbessern. Es soll einen einheitlichen Rahmen für alle Bundesbehörden schaffen und Sicherheitslücken schliessen. Im Zentrum stehen das Risikomanagement, die Klassifizierung von Informationen, die Sicherheit beim Einsatz von Informatikmitteln, personelle Massnahmen und der physische Schutz von Informationen und Informatikmitteln. Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Umstritten ist unter anderem der Einsatz der AHV-Nummer zur Identifikation. Die FDP spricht sich für das Gesetz aus.

Projets pilotes cannabis : le Conseil national a accepté la base légale que le Conseil fédéral veut créer pour mener des études scientifiques sur les effets d'une utilisation contrôlée du cannabis. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer. Les recherches doivent permettre de comprendre le fonctionnement du

marché et de combattre le marché noir. Il s'agit aussi de déterminer les effets, notamment sociaux, de la consommation de cannabis récréatif. Une majorité du groupe libérale-radical soutient ce projet.

3^{ème} pilier : le Conseil des Etats l'avait déjà fait. Le National est venu le confirmer : les rachats dans le 3^{ème} pilier doivent être rendus possibles. Cette possibilité sera cependant limitée quant à la fréquence et au montant des versements effectués. Le Conseil fédéral doit désormais proposer une modification des dispositions légales. Il s'agit d'une des revendications du PLR pour renforcer le 3^{ème} pilier.

ETH: Der Bundesrat will im ETH-Gesetz die Aufsichtskompetenz des ETH-Rates klarer regeln. Der Nationalrat fügte dabei zusätzliche Schranken ein. So ist etwa vorgesehen, dass der ETH-Rat den ETH in Zürich und Lausanne und Forschungsanstalten Empfehlungen abgeben, Aufträge erteilen oder gegen sie Massnahmen ergreifen kann, wenn eine Rechtsverletzung festgestellt worden ist. Bevor er dies tut, muss er aber die Institutionen anhören. Der Nationalrat inkl. die geschlossenen FDP-Fraktion stimmte dem klar mit 192 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Nicht einverstanden ist der Nationalrat damit, dass die ETH-Institutionen vor dem Bundesverwaltungsgericht keine Beschwerde gegen Entscheide des ETH-Rats einreichen dürfen. Der Bundesrat wollte diese Möglichkeit ausschliessen. Der Nationalrat nahm die Gesetzesänderung in der Gesamtabstimmung einstimmig an. Als nächstes befasst sich der Ständerat mit der Vorlage.

Frühförderung: Kinder sollen mit weniger grossen Unterschieden in ihrer Entwicklung in die Schulkarriere starten. Der Nationalrat hat ein Gesetzesprojekt angenommen, damit Kinder bereits vor dem Kindergartenalter gefördert werden können. Der Entscheid fiel mit 109 zu 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Vorgesehen ist, dass der Bund pro Jahr höchstens vier Kantonen einmalig Finanzhilfen gewähren kann, und zwar für die Dauer von je drei Jahren und in Höhe von jährlich 100'000 Franken. Insgesamt sollen in den nächsten zehn Jahren 8,45 Millionen Franken eingesetzt werden. Die FDP setzte sich dafür ein, dass nicht auf die Vorlage eingetreten wird - unterlag aber. In der Gesamtabstimmung lehnte sie die Vorlage sodann konsequenterweise grossmehrheitlich ab. Auch die FDP sieht einen grossen Nutzen in der Frühförderung. Allerdings sieht sie auch einen hohen Wert in unserem föderalen Staatsaufbau. Diesem widerspricht die Vorlage, denn die Frühförderung stellt eine kantonale und keine Bundeskompetenz dar. Angesichts der verhältnismässig geringen Beiträge pro Kanton ist zudem nicht vorstellbar, dass die Kantone diese Beträge nicht selber aufbringen könnten und ohne diese Unterstützung des Bundes ihre Frühförderungsprojekte nicht umsetzen würden.

15. Geschäfte des Ständerats

Finanzierung von Kriegsmaterial: Die Volksinitiative gegen die Finanzierung von Kriegsmaterial findet im Parlament kein Gehör. Der Ständerat entschied mit 32 zu 13 Stimmen, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Initiative führe nicht zu mehr Weltfrieden, wie die Initianten es wünschen, sagte Thierry Burkart (FDP/AG) im Namen der Sicherheitspolitischen Kommission. Die Initiative will, dass die Nationalbank (SNB) oder Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge Unternehmen nicht mehr finanzieren dürfen, wenn diese mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Auch einen indirekten Gegenvorschlag will der Ständerat nicht. Der Nationalrat hatte sich bereits in der Frühlingssession gegen Initiative und Gegenvorschlag ausgesprochen. Die Initiative stammt aus der Feder der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) und der Jungen Grünen. Die FDP-Fraktion empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative in der Schlussabstimmung.

Finanzplatz: Das Parlament ist einverstanden damit, den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) anzupassen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Gesetzesrevision ohne Änderungen zugestimmt - mit 41 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Der AIA dient dazu, Steuerhinterziehung über Konten im Ausland zu verhindern. Eine Prüfung ergab, dass in der Schweiz Anpassungen nötig sind. Der Bundesrat zeigte sich bereit, diese vorzunehmen. Eine Ausnahme bildet eine Empfehlung zu Stiftungen. Das Global Forum empfahl, auch Stiftungen den AIA-Regeln zu

unterstellen. Der Bundesrat wollte die Empfehlung ursprünglich umsetzen, verzichtete aber nach heftigem Widerstand in der Vernehmlassung darauf. Dies werde derzeit international noch anerkannt, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Die FDP hat dem Geschäft in dieser Form zugestimmt. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmungen.

Datenschutz-Abkommen: Der Bundesrat kann die modernisierte Datenschutzkonvention des Europarates ratifizieren. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat seine Zustimmung gegeben, mit 41 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Der Nationalrat hatte seine Zustimmung im März mit 185 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gegeben. Die überarbeitete Version sieht mehr Schutz für die Betroffenen und ausgeweitete Pflichten für Datenschutz-Verantwortliche vor. Sobald das Datenschutzgesetz unter Dach und Fach ist, kann die Schweiz modernisierte Datenschutzkonvention ratifizieren. Die FDP unterstützt die Genehmigung des Abkommens.

Schengener Reiseinformationssystem ETIAS: Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum, zu dem die Schweiz gehört. Der Ständerat hat der Schaffung des Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems (Etias) ohne Gegenstimme zugestimmt. Die Schweiz ist als Schengen-Mitglied verpflichtet, die neuen Regeln zu übernehmen. Laut Andrea Caroni (FDP/AR), Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats, verursachen diese zwar etwas mehr Bürokratie, reduzieren aber die Sicherheitsrisiken und sichern die Visumsfreiheit. Als nächstes ist nun der Nationalrat am Zug.

Güterkontrolle: Der Bundesrat soll die Ausfuhr von Geräten und Software zur Internet- und Mobilfunküberwachung weiterhin verweigern können, wenn Grund zur Annahme besteht, dass diese zur Repression genutzt werden. Das Parlament hat dafür eine Gesetzesgrundlage geschaffen. Als Zweitrat hiess der Ständerat die Änderung des Güterkontrollgesetzes mit 38 zu 0 Stimmen gut. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmungen. In den Details folgten beide Kammern dem Vorschlag des Bundesrats. Demnach wird lediglich ins Gesetz geschrieben, dass der Bundesrat die Verweigerung von Bewilligungen zur Ausfuhr oder Vermittlung von Gütern regelt, die zur Internet- oder Mobilfunküberwachung verwendet werden können. Es handelt sich um die Fortführung des Status quo, wie Wirtschaftsminister Guy Parmelin sagte. Die FDP-Fraktion stimmt dem Gesetz in der Schlussabstimmung zu.

Steuern: Der Ständerat hat acht geänderten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zugestimmt. Es geht um die Abkommen mit Irland, Korea, der Ukraine, Iran, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen und Schweden. Damit sollen in erster Linie OECD-Mindeststandards umgesetzt werden. Ergänzt werden die Mindeststandards gegen Gewinnverschiebung und -Verkürzung (Beps) und die Schiedsverfahren. Daneben enthalten einige der Abkommen spezifische Lösungen mit den jeweiligen Ländern. Bevor die Änderungen in Kraft treten, müssen sie von den Parlamenten der beteiligten Länder genehmigt werden. In der Schweiz haben nun beide Räte zugestimmt. Die Abkommen sind bereit für die Schlussabstimmungen. Die FDP stimmt den Abkommen zu.

Corona-Kredite: Der Ständerat will die Spielregeln bei den Corona-Krediten bis 500'000 Franken für Unternehmen nicht ändern. Er lehnte zwei Motionen ab, welche Betrieben fünf statt acht Jahre zur Rückzahlung der Kredite einräumen und den Zins von null Prozent über das erste Jahr hinaus verlängern wollten. Auch der Bundesrat war gegen die Vorstösse. Ziel der Kredite sei eine kurzfristige Liquiditätszuführung gewesen, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Eine Verlängerung der Frist würde dem ursprünglichen Zweck zuwiderlaufen. Bei den Zinsen müsse die Flexibilität für eine Anpassung an der Marktentwicklung vorhanden sein. Die Motionen sind mit dem Nein des Ständerates vom Tisch. Die FDP. Die Liberale Fraktion hatte sich mehrheitlich gegen die Motionen gestellt.

Coronavirus – Wiedereröffnung von öffentlichen Lokalen: Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat stillschweigend abgelehnt, die eine Wiedereröffnung von öffentlichen Lokalen wie Restaurants, Bars, Diskotheken, Shisha Bars und Konzertlokalen ab 11. Mai in Etappen fordert.

Eingereicht worden war der Vorstoss vor der ausserordentlichen Session zur Corona-Krise Anfang Mai. Inzwischen sei das Anliegen erfüllt, hatte die Wirtschaftskommission (WAK) ihren Ablehnungsantrag begründet. Der Vorstoss ist vom Tisch. Inhaltlich hatte die FDP den Vorstoss unterstützt, doch formal ist dessen Ablehnung im Ständerat verständlich.

Datenschutz: Der Ständerat will bei der automatisierten Bearbeitung von Personendaten weniger strenge Regeln für Unternehmen. Mit seinem Entscheid vom Dienstag kommt er dem Nationalrat beim neuen Datenschutzgesetz entgegen. Wenn Unternehmen Daten von Personen sammeln, sollen sie sich nur dann an verschärfte Vorschriften halten müssen, wenn mit der Datenverknüpfung wesentliche Aspekte der Betroffenen beurteilt werden können. Der Entscheid fiel mit 39 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung. Eine Minderheit um Ruedi Noser (FDP/ZH) wollte dem Nationalrat folgen. Demnach sollen verschärfte Bestimmungen nur gelten, wenn als Resultat von Profiling besonders schützenswerte Personendaten entstehen. Mit dieser und zwei weiteren Differenzen wird sich die grosse Kammer in der Herbstsession befassen.

AHV-Nummer: Behörden sollen systematisch auf die AHV-Nummer zurückgreifen können, um Personen eindeutig zu erkennen und die Verwaltungsarbeit effizienter zu machen. Der Ständerat ist einverstanden mit den erforderlichen Gesetzesänderungen. Organisationen ohne Behördencharakter, die eine Verwaltungsaufgabe erfüllen, sollen die dreizehnstellige Nummer wie bisher nur aufgrund einer spezialgesetzlichen Grundlage verwenden dürfen. Das betrifft insbesondere Krankenkassen, Pensionskassen und Bildungseinrichtungen. Die Verwendung der AHV-Nummer zu rein privaten Zwecken bleibt ausgeschlossen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. Die FDP unterstützt die Vorlage.

Familiennachzug Schutzstatus: Schutzbedürftige Personen sollen ihre Familien erst nach drei Jahren in die Schweiz holen dürfen - gleich wie vorläufig aufgenommene Personen. Das hat der Ständerat entschieden. Nach dem geltenden Recht haben Schutzbedürftige - also Personen mit S-Status - wie anerkannte Flüchtlinge mit Asylstatus Anspruch auf eine sofortige Familienzusammenführung. Das ist ein Grund, warum der S-Status seit seiner Einführung noch nie angewendet worden ist. Im Rat sprach Kommissionspräsident Andrea Caroni (FDP/AR) von einem "kleinen, aber feinen Versuch", das Asylsystem zu entlasten. Eine Minderheit hätte nicht auf die Vorlage eintreten wollen. Sie argumentierte, dass auch etliche Kantone die Neuerung ablehnten. Nun ist der Nationalrat am Zug. Die Revision wurde von alt Nationalrat Philippe Müller (FDP/AG) angestossen.

Coronavirus und Entwicklungshilfe: Das Parlament fordert vom Bundesrat eine Aufstockung der humanitären Hilfe um 100 Millionen Franken. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat unterstützt - mit 25 zu 12 Stimmen. Die Motion ist damit überwiesen. Die FDP hat ihr im NR bereits während der ausserordentlichen Session zugestimmt. Der Bundesrat ist ebenfalls einverstanden und schon weitergegangen. Er entschied Ende April, zusätzliche 400 Millionen Franken einzusetzen, um die Folgen der Pandemie zu mildern. Ein Teil davon wurde vom Parlament in der laufenden Sommersession bewilligt: ein Darlehen von 200 Millionen Franken an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Nachtragskredite von 50,5 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe und 57 Millionen Franken für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sowie 25 Millionen Franken für den Katastrophenfonds des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Armeebotschaft: Mit der Armeebotschaft 2020 beantragt der Bundesrat dem Parlament rund 2,7 Milliarden Franken für Armeematerial, Rüstungsgüter und Immobilien sowie total 21,1 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre. In dieser Zeit sollen die neuen Kampfjets gekauft werden. Zudem müssen Fahr- und Lenkgetriebe der Leopard-Kampfpanzer revidiert werden. Der Ständerat hat keine Einwände. Er hat die Armeebotschaft am Dienstag einstimmig gutgeheissen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. Die klare Zustimmung zur Armeebotschaft ist ein gutes Zeichen im Hinblick auf die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, denn sie gibt den Finanzrahmen vor, der nötig ist für die Beschaffung.

Aide aux médias : Le Conseil des Etats est prêt à aider financièrement la presse écrite, en étendant l'aide indirecte par le biais de la réduction des coûts de livraison. Il s'est toutefois opposé à un soutien de 30 millions pour les médias en ligne. Au total, la Chambre des cantons a libéré 150 millions de francs. Le projet gouvernemental prévoyait 130 millions, mais il incluait une aide de 30 millions pour les médias en ligne. Les sénateurs ont affiché leur volonté de soutenir ces derniers, mais ils ont refusé de lever le frein aux dépenses. Celui-ci aurait dû être avalisé par la majorité absolue des membres du Conseil. Il a manqué deux voix. Le PLR s'est exprimé favorablement à une aide financière indirecte à la presse écrite, mais s'est montré réticent à l'idée d'aider financièrement les médias en ligne.

Transport de marchandises : Le soutien financier au transfert de la route vers le rail du trafic de marchandises à travers les Alpes sera renforcé. Après le National, le Conseil des Etats a donné mercredi à l'unanimité son feu vert à un plafond de dépenses de 385 millions de francs à cet effet. Le PLR avait soutenu ce crédit au National également.

Remboursement TVA Billag : Le Conseil des Etats a unanimement soutenu le projet du Conseil fédéral qui prévoit le remboursement de la TVA perçue en trop sur la redevance entre 2010 et 2015. Celui-ci propose une indemnité de 50 francs par ménage, qui devrait être versée en 2021. Contrairement au Conseil fédéral, les sénateurs veulent en faire profiter aussi les entreprises. Le PLR soutient pleinement cette démarche.

Littering: Der Bundesrat muss weitere Massnahmen gegen Littering ergreifen. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen und einer Motion von Jacques Bourgeois stillschweigend zugestimmt. Damit wird das Anliegen an den Bundesrat überwiesen. Die vorberatende UREK-S nannte verschiedene mögliche Massnahmen, um das Anliegen in die Praxis umzusetzen wie etwa Sensibilisierungskampagnen für die Bevölkerung. Angesetzt werden sollte aber auch bei der Produktion und Abgabe von Verpackungen. Das ist auch für die FDP ein weiterer Erfolg auf dem Weg, das Positionspapier «Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik» umzusetzen.

Recycling-Baustoffe: Das Parlament fordert dank einer Motion der FDP, dass der Bund wenn möglich im Hoch-, Tief- und Strassenbau Recycling-Baustoffe verwendet. Der Ständerat nahm eine entsprechende Motion von alt Nationalrat Peter Schilliger an und hat damit den Auftrag an den Bundesrat überwiesen. Damit sollen bestehende Potenziale besser ausgeschöpft werden. Auch der Bundesrat zeigte sich mit dem Anliegen einverstanden. "Es ist ein guter Tag für die Umwelt heute", sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Damit wird ein weiteres Anliegen der FDP aus dem neuen Positionspapier in die Tat umgesetzt.

Strafrecht: Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen. Damit soll veränderten gesellschaftlichen Wertungen Rechnung getragen werden. Im Visier hat er insbesondere Randalierer, die bei Ausschreitungen Polizisten, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Der Bundesrat schlug vor, dafür die Mindeststrafe anzuheben. Der Ständerat entschied sich aber für eine Version ohne Mindeststrafe. Nun ist unklar, ob es sich tatsächlich um eine Verschärfung handelt. Weitere Anpassungen betreffen den Strafrahmen der schweren Körperverletzung oder gewerbsmässig begangene Vermögensdelikte. Die Revision des Sexualstrafrechts wird in einer separaten Vorlage behandelt. Die FDP unterstützt das Revisionsvorhaben und hat der Vorlage im Ständerat grossmehrheitlich zugestimmt.

Geschlechtsidentität: Menschen mit einer Transidentität und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung sollen Geschlecht und Vorname im Personenstandsregister unbürokratisch ändern lassen können. Der Ständerat nahm diesen Vorschlag des Bundesrats mit Unterstützung der Mehrheit der FDP-Ständeräte an. Jede Person, die innerlich fest davon überzeugt sei, das Geschlecht wechseln zu wollen, soll mit einer Erklärung gegenüber dem Zivilstandsamt eine Anpassung des Eintrags bewirken können. Minderjährige und Menschen mit umfassender Beistandschaft müssen die Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters einholen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Berufsbildung: Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) soll sich als pädagogische Hochschule akkreditieren können. Dafür muss das Parlament ein neues Gesetz verabschieden. Der Ständerat hat dieses als Erstrat einstimmig gutgeheissen. Im neuen Bundesgesetz (EHB-Gesetz) werden unter anderem die Aufgaben, Zusammenarbeit, Lehrdiplome und Titel, Organisation, Finanzierung und die Aufsicht durch den Bund geregelt. Als nächstes berät der Nationalrat die Vorlage. Am EHB lassen sich Berufsbildungsverantwortliche aus- und weiterbilden.

16. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Interpellation. FDP-Liberale Fraktion (*Sprecher NR Feller*). Verwendung von Kreditresten im Rahmen von Corona

Text

Aufgrund der Corona-Situation mussten mehrere Verwaltungsstellen ausserordentliche Arbeit leisten. Verdankenswert rasch und unbürokratisch wurde beachtlicher Mehraufwand geleistet in verschiedenen Bereichen.

Coronabedingt können diverse vorgesehene Ausgaben aber auch nicht getätigt werden. Dies beispielsweise im Bereich der Reisetätigkeit oder bei Veranstaltungen.

Gerne bitten wir daher den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es eine Übersicht, einerseits, zu den Mehraufwendungen und, andererseits, zu den Krediteinsparungen, welche durch Corona in der Bundesverwaltung getätigt werden und wurden? Falls nicht, ist eine solche Zusammenstellung geplant, welche Auskunft gibt über die Höhe der Mehrausgaben und Einsparungen?
2. Über welchen Spielraum verfügen die Departemente, um coronabedingte Krediteinsparungen für coronabedingte Mehraufwendungen zu verwenden?
3. Wie setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass Mehraufwendungen intern durch Einsparungen kompensiert werden?

17. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession abgeschlossen. 30 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach, darunter auch jene, die wegen der Corona-Pandemie abgebrochenen Frühjahrsession liegen geblieben sind. Es sind dies :

- › mit 98 zu 88 Stimmen bei 12 Enthaltungen (Nationalrat) und 29 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) das geänderte Obligationenrecht, das Unternehmen zu Berichterstattungs- und zusätzlich Sorgfaltprüfungspflichten in Sachen Kinderarbeit und Konfliktmineralien verpflichtet und der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments zur Konzernverantwortungsinitiative ist;
- › mit 109 zu 87 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 30 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Konzernverantwortungsinitiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 128 zu 64 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 27 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen die neue Überbrückungsrente, die verhindern soll, dass ältere Arbeitslose Sozialhilfe beziehen müssen;
- › mit 154 zu 23 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 42 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen die gesetzliche Verankerung einer Proximity-Tracing-App für das Coronavirus im Epidemiengesetz;
- › mit 113 zu 76 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 36 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" oder Burka-Initiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 104 zu 85 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 35 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Gesichtsverhüllung, der indirekte Gegenvorschlag zur Burka-Initiative;

- › mit 143 zu 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 37 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen das modernisierte Aktienrecht, das Geschlechterrichtwerte für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen bringt und mit dem die Abzocker-Initiative auf Gesetzesstufe umgesetzt wird;
- › mit 125 zu 72 Stimmen und 32 zu 13 Stimmender Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 110 zu 88 Stimmen und 32 zu 13 Stimmen das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen, das regelt, unter welchen Voraussetzungen Unternehmen im Ausland gegen sie verhängte Bussen von den Steuern abziehen dürfen;
- › mit 198 zu 0 Stimmen und 44 zu 1 Stimme die IV-Revision, die unter anderem ab einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 69 Prozent ein stufenloses Rentensystem bringt sowie frühere Interventionen bei psychisch Kranken, um neue Renten zu vermeiden;
- › mit 194 zu 2 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen die Modernisierung des über 100-jährigen Versicherungsvertragsgesetzes, das neu ein 14-tägiges Widerrufsrecht beim Vertragsabschluss enthält;
- › mit 122 zu 74 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 43 zu 2 Stimmen das neue, definitive Regime für die Zulassung von Ärzten und Ärztinnen im Krankenversicherungsgesetz;
- › mit 158 zu 27 Stimmen bei 13 Enthaltungen und 37 zu 8 Stimmen das revidierte Enteignungsgesetz, das bei Enteignungen von Kulturland höhere Entschädigungen bringt;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen die Änderung im Arbeitslosenversicherungsgesetz, die mehr Spielraum gibt, um die Höchstbezugsdauer für Kurzarbeitsentschädigung zu verlängern;
- › mit 196 zu 1 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung die Verlängerung der Frist für die Einreichung von Gesuchen um Solidaritätsbeiträgen an Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen;
- › mit 198 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen Bestimmungen im Güterkontrollgesetz, wonach die Ausfuhr von Spionagesoftware verboten werden kann, wenn Grund zur Annahme besteht, dass sie zur Repression genutzt wird;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen neue Regeln für internationale Schiedsgerichte im Internationalen Privatrecht;
- › mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung im Tierseuchengesetz, mit der die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Tierverkehrsdatenbank gesetzlich verankert wird;
- › mit 198 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen Gesetzesänderungen zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats gegen den Handel mit menschlichen Organen;
- › mit 147 zu 46 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Irland;
- › mit 143 zu 45 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Korea;
- › mit 143 zu 49 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Ukraine;
- › mit 141 zu 52 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 43 zu 2 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Iran;
- › mit 146 zu 40 Stimmen bei 12 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit den Niederlanden;
- › mit 147 zu 40 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden;
- › mit 146 zu 37 Stimmen bei 15 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Norwegen;
- › mit 148 zu 31 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung der Bundesbeschluss für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Neuseeland;
- › mit 192 zu 6 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen Anpassungen beim automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA);

- › mit 143 zu 6 Stimmen bei 49 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die gesetzlichen Bestimmungen zur Erfüllung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen den Bundesbeschluss, der den Bundesrat ermächtigt, das Landwirtschaftsabkommen mit Israel sowie eine Änderung eines Protokolls zum Abkommen der Efta-Staaten mit Israel zu ratifizieren; mit 197 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen den Bundesbeschluss zum Handelsabkommen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich - um die Handelsbeziehungen nach dem Brexit abzusichern - und mit 195 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen den Bundesbeschluss, der den Bundesrat ermächtigt, das Abkommen mit der Türkei zur Verwendung von Vormaterialien zu ratifizieren.

Mit Ausnahme der Abstimmungsempfehlungen zu den Volksinitiativen unterstehen die Entscheide dem fakultativen Referendum. Mit einem solchen droht die SVP gegen die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose.

Abgelehnt hat der Nationalrat Neuerungen beim Zivildienst. Die Vorlage hätte höhere Hürden für den Wechsel von der Armee zum Zivildienst gebracht. Anlass dazu war die Sorge, dass der Armee die Soldaten ausgehen könnten. Der Nationalrat lehnte die Vorlage mit 103 zu 90 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab, der Ständerat unterstützte sie mit 33 zu 12 Stimmen bei 0 Enthaltungen.